

Die Nazis hüben und drüben

Wie braun waren beide deutsche Staaten?

Von **Wolfram Grams**

Der 8. Mai 1945 ist zweifellos ein Tag der Befreiung. Doch benötigte die westdeutsche Republik vierzig Jahre lang, bis sie sich, angespornt durch die mutige Rede des seinerzeitigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Bundestag, dazu durchringen konnte, diesen Tag auch als solchen zu deklarieren. Und ein Blick auf die Gegenwart zeigt, dass dieser Prozess der Anerkennung keineswegs endgültig abgeschlossen ist: Drei Jahrzehnte nach von Weizsäckers Rede bezeichnet ein Spitzenfunktionär einer im Bundestag vertretenen rechtsextremen Partei den Nazismus als „Vogelschiss der Geschichte“ und schwadroniert vom Stolz auf die Soldaten der Wehrmacht, während ein vermeintlich Liberaler sich von der Partei des Faschisten Björn Höcke zum Ministerpräsidenten Thüringens wählen lässt.

Ausgewählte Repräsentanten der westlichen Republik waren die Sozialdemokraten Willy Brandt und Herbert Wehner, der eine Heimkehrer aus dem schwedischen, der andere aus dem sowjetischen Exil. Es waren aber auch Heinrich Lübke und Hans Filbinger. Der eine forderte KZ-Häftlinge als Arbeitssklaven an,¹ der andere sprach als „furchtbarer Jurist“ noch 1945 Urteile als Marinerichter im Sinne des Nazi-Staates.²

Als ausgewählte Repräsentanten der DDR seien Horst Sindermann gewählt, der die Konzentrationslager Mauthausen und Sachsenhausen überlebt hatte³ und dem die fatale Wortkreation des „antifaschistischen Schutzwalls“ nachgesagt wird, sowie Klaus Gysi, der nach der Internierung in Frankreich untertauchen konnte, um dann während des Zweiten Weltkrieges für die KPD in den antifaschistischen Widerstand nach Deutschland zu gehen – und sich angesichts seiner jüdischen Biographie dabei besonderer Gefahr aussetzte.⁴ Diese exemplarisch genannten Biographien sprechen für eine Besonderheit der östlichen Republik: Sie repräsentierte – mehr noch vor ihrer Gründung 1949 als zu späteren Zeitpunkten – das andere Deutschland. Und damit zog sie viele Exilanten an: Stefan Heym, Ernst Bloch, Bert Brecht, aber auch Fred

1 Vgl. Massengrab an der Raketenrampe, in: „Der Spiegel“, 22/2001, S. 218.

2 Norbert Haase, „Gefahr für die Manneszucht“. Verweigerung und Widerstand im Spiegel der Spruchtaätigkeit von Marinegerichten in Wilhelmshaven (1939-1945), Hannover 1996.

3 Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker, Reinhard Kühnl und Erika Schwarz (Hg.), Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, Köln 2000.

4 Jens König, Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin 2005.

und Maxie Wander, die Österreich und den dortigen tief verwurzelten Antisemitismus nicht mehr ertrugen.⁵ Es schien beinahe, als würde der Osten Deutschlands nach der Befreiung vom Faschismus zum Sammelbecken für die Männer und Frauen aus Exil und Widerstand, der Westen hingegen zum Schonraum für ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher.

Tatsächlich aber standen hüben wie drüben jene, die das Neue zu gestalten trachteten, vor einer Bevölkerung, die nicht nur tief verstrickt war in den NS-Staat, sondern zugleich von dessen Rassismus, Antisemitismus und dessen menschenverachtendem Weltbild geprägt war. Mit dieser Bevölkerung war kein Staat zu machen, kein bürgerlich-demokratischer und allemal kein sozialistischer. Gleichwohl war ohne sie auch kein Staat zu machen! Die Konferenzen von Jalta und Potsdam erkannten dies und schrieben die Integration jener in Staat und Gesellschaft vor, die keinen aktiven Anteil an Nazi-Organisationen gehabt hatten.

Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens finden sich in den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) wieder. Sie bildeten die Grundlage für die folgenden personellen Umstrukturierungsprozesse in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ). Das Vorgehen der sowjetischen Stellen war politisch geschickt: In erheblichem Maße wurden politisch Unbelastete und Verfolgte des Naziregimes in die personelle Erneuerung einbezogen. Dieser Partizipationsprozess war ein bedeutender Beitrag zur Bearbeitung des „ideologischen Syndroms“, des Verhaftet-Bleibens des Großteils der Bevölkerung in der Nazi-Ideologie.⁶ Es half, die Maßnahmen nicht ausschließlich als strafendes Handeln der Sieger zu interpretieren, wurde die personelle Erneuerung doch in großen Teilen der Bevölkerung als ungerechtfertigt betrachtet.

In Bezug auf das ideologische Syndrom unterschied sich die Ausgangssituation in der späteren DDR nicht von der in den Westzonen. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Westzonen – und es dominierte dort insgesamt eine relative Konzeptionslosigkeit bei der Erneuerung der öffentlichen Dienste. Während die SMAD in ihren Befehlen auch auf die Vorarbeiten des Nationalkomitees Freies Deutschland und der KPD zurückgreifen konnte, wurde im Westen die existierende Vorarbeit des Widerstands ignoriert.⁷ Anders als im Osten hatten die Antifaschistischen Ausschüsse hier auch keine exekutive Funktion. In der britischen Zone griff die Militärverwaltung primär auf sozialdemokratische Verwaltungsfachleute, Juristinnen und Juristen sowie Lehrkräfte zurück, sofern sie als unbelastet galten. Die US-Stellen hingegen favorisierten Vertreter der Kirchen und des kirchlichen Verbandswesens. Überdies verwiesen sie zumeist auf die unabdingbare Notwendigkeit, Fachleute einzustellen, die eine der Tätigkeit angemessene akademische Qualifikation nachweisen konnten. Damit waren Verwaltungen,

5 Fred Wander, *Das gute Leben oder von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen*, München 2009.

6 Hans-Jochen Gamm, *Dreißig Jahre Befreiung vom Faschismus und die bundesdeutsche Erziehungswissenschaft*, in: „Demokratische Erziehung“, 3/1975, S. 74-80.

7 Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der Widerstandsbewegung*, München 1967; Hildegard Feidel-Mertz und Hermann Schnorbach, *Informationsblätter und Programme 1934-1939. Verband Deutscher Lehreremigranten. Union des instituteurs allemands emigrés*, Weinheim und Basel 1981.

Schulen, Polizei und Justiz bald wieder auf politisch belastetes Personal zurückgeworfen.

Entnazifizierung im Osten: Die Neuordnung des Bildungswesens

Anders die Lage im Osten: „In der sowjetischen Zone ging man von dem Grundsatz aus, dass sich Sachverstand erwerben lasse und dass die soziale Revolution durch die Entfernung derer erkauft werden musste, die bis dahin die Schalthebel des Staates und der Wirtschaft in der Hand gehabt hatten“, bilanzierte der französische Deutschlandexperte Alfred Grosser.⁸ Grundsätzlich trifft dieser Befund zu, gleichwohl geschah dies nicht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der späteren DDR in gleich intensiver Weise. So blieb die NS-Dichte etwa in der Polizei und der Armee relativ hoch.

Besonderes Augenmerk aber wurde auf das Bildungswesen gerichtet und auf die universitären Bereiche, die das Schulwesen beeinflussten. Die „Neulehrerausbildung“ der DDR mag hier als Beleg gelten. Sie war unabdingbar geworden angesichts eklatanter Entlassungsmaßnahmen und der zunehmenden Abwanderung gen Westen. Bereits im Sommer des Jahres 1945 wurde der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern in der SBZ auf 60 000 Personen geschätzt – davon fehlten jedoch 40 000. Diese Diskrepanz zwischen Soll und Haben zeugt von den intensiven Entlassungsmaßnahmen im östlichen Teil Deutschlands. In gleicher Intensität wurden anfangs auch die Exekutive, die Justiz und die Verwaltung personell erneuert.⁹

So kam auch der bekannte Historiker Hermann Weber, der als in die Bundesrepublik emigriertes Ex-SED- und späteres SPD-Mitglied weit entfernt von jeder Affinität zur DDR war, nicht umhin, für den Osten festzustellen: „Diese Entnazifizierung wurde als politische Maßnahme geplant und durchgeführt, und sie war damit wirksamer als im Westen.“¹⁰ Wenn also die personellen Umstrukturierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst der SBZ zwar nicht als vollständig, so doch als entschieden bezeichnet werden können, zog mit ihnen doch keineswegs gleichzeitig ein ebenso entschiedener demokratischer Geist in die Verwaltungen und die Schulen ein. In einem Bericht des Berliner Dezernenten für Lehrerumschulung hieß es deshalb: „Zwar befindet sich unter der Lehrerschaft kein einziger Pg. [Parteigenosse] mehr, aber der Einfluss der Hitlerzeit ist noch unverkennbar. Eine Minderheit ist konsequent und bewusst demokratisch eingestellt. Die größere Mehrzahl wird noch zu gewinnen sein. [...] Ausgesprochen nationalsozialistische Entgleisungen kommen vor und werden mit der Entlassung der Lehrer beantwortet.“¹¹ Diese Situation war symptomatisch für die Lage in der DDR – und keineswegs allein für das hier aufgeführte Berliner Beispiel. Nicht nur die im Amt verbliebenen Lehrkräfte, die wegen ihrer „nominellen Mitgliedschaft“ in der NSDAP wei-

8 Alfred Grosser, *Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945*, München 1970.

9 Justus Fürstenau, *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*, Neuwied 1969.

10 Hermann Weber, *Von der SBZ zur DDR*, Hannover 1968, S. 23.

11 Zit. nach Friedrich Kindel, *Ernst Wildangels Kampf für die demokratische Umgestaltung des Berliner Schulwesens*, Dissertation 1963.

terhin unterrichten durften, sondern auch die als politisch unbelastet geltenden Neulehrer blieben in nazistischen Denkmustern verhaftet.

Das wiederum unterschied sie nicht von ihren Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, Verwaltungen, Polizeibehörden und Gerichten im Westen. Dort allerdings vollzog sich keine personelle Erneuerung durch den Aufbau eines neuen Personalstammes. Im Gegenteil: Die personelle Restauration von Verwaltungen, Justiz, Bildungseinrichtungen und später auch des Militärs ist bekannt und durch einen als gesichert geltenden Forschungsfundus belegt.¹²

Braune Wanderungsbewegungen

Weniger Beachtung findet im historischen Diskurs dagegen die Wanderungsbewegung politisch belasteter Personen von Ost nach West. So waren bereits im August 1945 in Mecklenburg-Vorpommern nur noch 55 Prozent der dort ansässigen Lehrer ehemalige Mitglieder der NSDAP. Angesichts des enorm hohen Organisationsgrades von Lehrern in der Nazi-Partei liegt der Schluss nahe, dass etwa dreiðig Prozent der politisch belasteten Lehrer in den Westen abwanderten.¹³ Damit erhöhte sich der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in Westdeutschland eklatant, wo sie die Entnazifizierungsausschüsse meist mühelos durchliefen. In der amerikanischen Zone setzten die *Education Officers* bei der Einstellung von Lehrern auf Pädagogen, die während der Nazi-Herrschaft gemäßregelt und entlassen worden waren. Sie hatten häufig bereits das Ruhestandsalter erreicht, weshalb 1947 in der US-Zone die Hälfte aller Lehrer über 60 Jahre alt waren. Hingegen standen die aus der SBZ zugewanderten Fachkräfte in den Startlöchern.

Im Sommer 1946 schlug dann die Zook-Kommission¹⁴ vor, alle diejenigen wieder einzustellen, die im Entnazifizierungsverfahren nicht zur „mandatory“-Kategorie gehörten. Dabei handelte es sich um Personen, die zwar Mitglieder der NSDAP gewesen waren, sich aber nicht durch besondere Funktionen hervorgetan hätten. Damit fand die personelle Umgestaltung der öffentlichen Dienste in der US-Zone wieder auf der Grundlage der Beschlüsse von Potsdam statt. Der für Kirchenfragen zuständige US-Marshall Knappen ging jedoch weiter und empfahl, auf diesem Wege bis zu 75 Prozent der Entlassenen wieder einzustellen.¹⁵ Die Kirchen stützten seine Position vehement, auch durch ihre entlastende Funktion, die sie gegenüber selbst erheblich schuldig gewordenen Menschen einnahm.

12 Vgl. u. a. Reinhold Billstein, *Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945*, Köln 1984; Wolfgang Benz und Martin Broszat, *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1999; Ernst Friedländer, *Renazifizierung*, in: „Die Zeit“, 14/1947, S. 1.

13 Walter Fröhlich, *Der Beginn des Aufbaus eines antifaschistisch-demokratischen Schulwesens in Mecklenburg nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus*, in: „Pädagogische Forschung“, Sonderheft 1964, S. 49ff.

14 Die Zook-Kommission (United States Education Mission to Germany), nach ihrem Leiter George F. Zook benannt, hatte den Auftrag, das Bildungssystem der US-Zone nach den Empfehlungen zur Reeducation zu verändern.

15 Karl-Ernst Bungenstab, *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949*, Düsseldorf 1970.

Ein noch einschneidenderes politisches Mittel der personellen Restauration im Westen war jedoch das Berufsbeamtentum. Mit der Aufnahme des Artikels 131 in das Grundgesetz der jungen Bundesrepublik wurde die Wiedereinstellung jener Menschen geregelt, die am 8. Mai 1945 Beamte waren. Diese sollten dabei jene Rechte erhalten, die ihr Status vor jenem Tag vorsah. Damit erhielten all jene, die das unmenschliche System des Nazismus goutiert und daran Anteil gehabt hatten, nun ein Recht auf Wiedereinstellung. Umgekehrt fehlte all jenen dieses Recht, die am 8. Mai 1945 nicht den Beamtenstatus besaßen – vielleicht auch gerade deshalb, weil das NS-Unrechtssystem sie verfolgt und ihnen diesen Status geraubt hatte.

Restauration im bundesrepublikanischen Berufsbeamtentum

Entscheidend für die personelle Restauration der öffentlichen Dienste war zudem der Beschluss der Bundesregierung über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ vom 19. September 1950. Mittels dieses Verwaltungsaktes wurden Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der KPD aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Dies schuf Platz für diejenigen, deren Einstellung sich kurz zuvor noch verboten hatte, nunmehr aber wieder opportun erschien. Bis 1965 wurde das Ausführungsgesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes vier Mal novelliert – mit dem Ergebnis, dass sukzessive auch die am stärksten belasteten Beamten in den öffentlichen Dienst zurückgelangen. Zugleich führte dies erneut zu einem enormen Sog belasteter Personen aus dem Osten in den Westen, die dort den erstrebten Anspruch auf Wiedereinstellung hatten.

Deutlich wird dies beispielsweise an der Existenz der „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten“. Unabhängig von ihrer Involviertheit in das NS-System versprach ihnen Westdeutschland eine sichere Anstellung im öffentlichen Dienst. Nicht zuletzt deshalb setzte sich 1962 die westdeutsche Beamtenschaft zu mehr als dreißig Prozent aus Fachkräften aus der DDR zusammen. Dieser Zustrom und die schlussendliche Übernahme nahezu aller Nazis in den öffentlichen Dienst des Westens verdrängte die meisten Antifaschisten aus ihren Funktionen. Im Ergebnis waren in den 1950er Jahren sogar signifikant mehr Nazis im öffentlichen Dienst als vor dem 8. Mai 1945. Deutlich wird dies am Beispiel der Schulen: Bei einer reichsweiten durchschnittlichen Organisierung der Lehrerschaft von etwa 80 Prozent (in Ostpreußen waren es 94 Prozent und es bestand ein starkes Ost-West-Gefälle) und einem Zuwachs von dreißig Prozent aller Beamten aus dem Gebiet der DDR kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil von ehemaligen Nazis exorbitant hoch war.¹⁶ Speziell der „ideologische Komplex“ war also hüben wie drüben in furchtbarer Weise nazistisch geprägt. In

16 Vgl. zu allen Zahlen: Wolfram Grams, *Kontinuität und Diskontinuität der bildungspolitischen und pädagogischen Planungen aus Widerstand und Exil im Bildungswesen der BRD und DDR. Eine vergleichende Studie*, Frankfurt a. M. 1990.

SBZ und DDR wurde allerdings auf Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam eine personelle Erneuerung realisiert, die niemals – wie von offiziellen DDR-Stellen postuliert – vollständig war. Gleichwohl beließ sie aber „nur“ solche Menschen in Funktionen, die nicht mehr als nominell belastet waren. Gewiss war dies noch kein zu bejubelndes Ergebnis. Die Alternative wäre jedoch nur gewesen, dem Vorschlag Brechts zu folgen, sich „ein anderes Volk zu wählen“. Im Westen des befreiten Deutschlands hingegen geriet die mittels der Entnazifizierungsverfahren angestrebte personelle Erneuerung zur personellen Restauration – also in gewisser Weise zur Re-Nazifizierung.¹⁷

In der DDR dagegen erfolgte – und das ist die eigentliche Tragik der Geschichte – trotz des gelungenen strukturellen Umbaus kein Demokratisierungsprozess im Sinne umfangreicher Partizipation breiter Bevölkerungsteile. Vielmehr wurden die anfänglichen, aufrichtig antifaschistisch motivierten Demokratieversuche durch die seitens der KPD auf undemokratische Weise betriebene Vereinigung mit der SPD alsbald zu einem System, das missliebige politische Kräfte nicht nur politisch eliminierte, wo sie diese nicht zu kolonialisieren vermochte.

Vor allem die Herrschaft der SED (und die verheerende Tätigkeit und Wirkung der Staatssicherheit) bot nach 1989 Anlass für eine Reanimation des Rot-gleich-braun-Theorems. Es wird unterstellt, die DDR habe nach 1945 niemals eine effektive Veränderung der Macht- und Herrschaftseliten vorgenommen.¹⁸ Faktisch handele es sich bei ihr um einen Unrechtsstaat in Analogie zum Nazismus. „Diese Art von Großideologisierung der Geschichte hat die Anschlussfähigkeit der einfachen Lebenserfahrung der Ostdeutschen zu einem großen Teil verhindert.“¹⁹ Und damit ihre Identitätsbildung unter neuen historischen Bedingungen in einem Deutschland, das mehr sein sollte als die westlichen Bundesländer plus Beitrittsgebiet. Gleichwohl war die DDR gekennzeichnet durch das Fehlen von Offenheit im wörtlichen Sinn. Sie war bis zu ihrem Ende eine geschlossene Gesellschaft mit nur rudimentären Partizipationsmöglichkeiten.

Dies bahnte sich bereits vor der Staatsgründung unmittelbar vor Gründung der SED an und setzte sich dann fort: Dass die SPD-Mitglieder über eine Vereinigung mit der KPD nicht per Urabstimmung entscheiden durften, entsprach einem Denkmuster, das auf politische Effizienz und pragmatischen Machterwerb zielte, nicht aber auf Teilhabe möglichst vieler Menschen an den Entscheidungen. Für diese Mentalität stehen beispielhaft der zweite Parteitag der SED, wo der Übergang zur „marxistisch-leninistischen Kampfpartei“ beschlossen wurde, aber auch die erste Parteikonferenz der SED im Januar 1949, wo die paritätische Besetzung von Funktionsstellen aufgehoben wurde. Beide Beschlüsse instrumentalisieren die ehemaligen

¹⁷ Friedländer, a.a.O.

¹⁸ Vgl. u.a. Micha Brumlik, Ostdeutscher Antisemitismus: Wie braun war die DDR?, in: „Blätter“, 1/2020, S. 114-120.

¹⁹ Lutz Niethammer, Drei Fronten, ein Fehlschlag und das Unbewusste der Aufklärung, in: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?, hg. von Norbert Frei, Göttingen 2006, S. 113-114.

SPD-Mitglieder, die nach den Erfahrungen im Faschismus in bester Absicht Mitglied der SED geworden waren.²⁰ In den Parteigliederungen gingen die Aktivitäten der Mitglieder denn auch deutlich zurück.²¹ So wurde bereits vor Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 das Demokratiedefizit des Staatssozialismus geboren, das später den Sterbeprozess dieses Staates einleiten sollte.

Neonazismus in der DDR

Hinzu kam eine aus der kommunistischen Tradition stammende Parteiführung, die durch ihre Erfahrungen während der Nazi-Herrschaft, im Widerstand, in Lagern und Zuchthäusern und nicht zuletzt im sowjetischen Exil traumatisiert schien. Stefan Heym beschreibt dies eindrücklich in seinem Roman „Collin“ und nachdrücklicher noch Eugen Ruge in seinem 2019 erschienenen dokumentarischen Roman „Metropol“. Auch Jorge Semprún verweist auf diesen Aspekt.²²

Die sich so herausbildende Mentalität der DDR-Führung führte zum Schwanken zwischen manisch wirkender Kontrolle und Überwachung einerseits und andererseits dem Nicht-wahr-haben-Wollen realer Erscheinungen. Zu dem derart Verdrängten zählt der besonders seit den 1970er Jahren zunehmende Neonazismus unter Jugendlichen.²³ Dieser erreichte als Jugendsubkultur in jenen Jahren eine besondere Intensität, parallel zum Verlust von Identifikationsmöglichkeiten mit dem gesellschaftlichen und politischen System der DDR. Dem entsprach die Zunahme von Militanz in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, was in dem brutalen Überfall von Rechten auf eine Veranstaltung in der Berliner Zionskirche und in rassistisch motivierten Morden an afrikanischen Vertragsarbeitern kulminierte. Die zu diesem Zeitpunkt anscheinend bereits paralyisierte Parteiführung ignorierte derartige Vorfälle oder versuchte, sie zu vertuschen. Polizei und Staatssicherheit wurden dadurch in ihrem Vorgehen gegen die Rechten gelähmt, ermittelten aber teilweise trotzdem.²⁴

Zu diesem Zeitpunkt waren die neonazistischen Gruppierungen in der DDR bereits zu der Strategie übergegangen, sich bei der Polizei zu bewerben und bei der Armee zu verpflichten, eine Strategie, die auch in der Bundesrepublik gerne genutzt wurde. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kooperierten Neonazis in der DDR schon umfangreich mit ihren rechten Kameraden aus der Bundesrepublik, wo der Nazismus der alten und neuen Nazis nahezu ungebrochen existierte.

20 Autorenkollektiv einer Kommission des ZK der SED: Geschichte der SED – Abriß, Berlin/DDR 1978, S. 198f.

21 Grams, a.a.O.

22 Jorge Semprún, Was für ein schöner Sonntag!, München 2004.

23 Vgl. Norbert Madloch, Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, hg. von Klaus Kinner, Berlin 2000, S. 57-214.

24 Max Annas, Morduntersuchungskommission. Roman, Reinbek 2019; Klaus Kinner (Hg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin 2000.

Insofern ist es völlig verkürzt, von der AfD heute als einer primär ostdeutschen, für den Westen angeblich traditionslosen Erscheinung zu sprechen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968, wo die neonazistische NPD von nahezu zehn Prozent des Wahlvolkes unterstützt wurde. Dem vorausgegangen waren mehrere erfolgreiche Versuche, neonazistische Organisationen auch ins parlamentarische Feld zu führen. So zog bei der ersten Bundestagswahl 1949 die Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei, die sich eindeutig in der Tradition der Nazis bewegte, mit fünf Abgeordneten in den ersten Bundestag ein. In Niedersachsen erreichte sie über acht Prozent der Stimmen. Hinzu kam die Deutsche Partei, die weitere 17 Bundestagsmandate beisteuerte, in Niedersachsen den Ministerpräsidenten stellte und in der ersten Bundesregierung zwei Minister. Und es kam noch schlimmer, als Otto Ernst Remer, einst von Hitler persönlich für seine Verdienste bei der Niederschlagung der Verschwörung vom 20. Juli 1944 in den Generalsrang befördert, die Sozialistische Reichspartei gründete, die bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 von elf Prozent der Menschen goutiert wurde. Ende 1952 wurde die Partei dann wegen ihrer eindeutigen Orientierung an den Traditionen der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Doch mit dem Verbot der Partei war nicht das rechte Denken verboten. Stellvertretend für viele andere Untersuchungen steht die 1981 veröffentlichte SINUS-Studie, die zu einem erschreckenden Ergebnis kam: „13 Prozent der deutschen Wähler haben ein rechtsextremes Weltbild.“²⁵ Walter Jaide hatte kurz zuvor festgestellt, dass 23 Prozent der von ihm befragten Jugendlichen die Überzeugung hegten, der Nazismus sei eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt worden sei.²⁶

Letztlich konnte sich, das belegen nicht zuletzt die Erfolge der AfD, hüben wie drüben eine Kontinuität rechten Denkens in der Form des Rassismus und der Ausgrenzung von Menschen und Menschengruppen halten und zunehmend verstärken. In der DDR wurde dies unterstützt durch die Abgeschlossenheit der Gesellschaft und eine Staatsführung, bei der nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Wenn rassistische Verbrechen im Osten unverfolgt und ungesühnt blieben, musste dies doch geradezu als Aufforderung zur Fortsetzung wirken. Dies fand seine Entsprechung im Westen in einer Nachlässigkeit bei der Verfolgung rechter Straftaten, die sich bis heute fortsetzt. So sind aktuell in Deutschland 482 rechte Straftäter untergetaucht und 624 Haftbefehle offen, darunter auch solche wegen Tötungsdelikten.²⁷

Wer also, gerade angesichts der jüngsten Ereignisse in Thüringen, bei der Frage rechter Kontinuitäten nur auf Ostdeutschland und den erwiesenermaßen rechtsradikalen „Flügel“ der AfD schaut, der lenkt vom Balken im eigenen Auge ab – durch den schrillen Verweis auf den Splitter im Auge der anderen.

25 Martin Greifenhagen (Hg.), 5 Millionen Deutsche – „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981, S. 15.

26 Walter Jaide, Achtzehnjährige – zwischen Reaktion und Rebellion. Politische Einstellungen und Aktivitäten Jugendlicher in der Bundesrepublik, Opladen 1978.

27 Vgl. „Weserkurier“, 7.2.2020.